

# Volksstimme

Einzelpreis 1.50 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die 'Volksstimme' erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlich Redakteur Wilhelm Riepebl, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Riepebl, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 105,00 M., monatlich 35,00 M. Bei Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 100,00 M., monatlich 33,50 M. Bei den Postanstalten vierteljährlich 105,00 M., monatlich 35,00 M. — Anzeigengabe: Die gesonderte Kopiergebühr 4,50 M., auswärts 4,00 M. im Restamontell Seite 17,00 M., auswärts 23,00 M. Bereinstabender Seite 4,00 M. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 166.

Magdeburg, Mittwoch den 19. Juli 1922.

33. Jahrgang.

## Das Ende der Rathenau-Mörder

Durch Extrablatt haben wir am Dienstag vormittag der Bevölkerung bekanntgegeben, daß die zwei flüchtigen Mörder Rathenaus, der Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern und der Ingenieur Hermann Fischer, auf der Burg Saaleck bei Bad Rösen a. d. Saale von Kriminalbeamten aus Halle gefasst worden sind und vor der Festnahme sich erschossen haben.

Ueber die

### Entdeckung der Mörder

erfahren wir folgendes:

Am Sonntag abend meldeten zwei Touristen, daß sie im Turm der Burgruine Saaleck Licht bemerkten. Nach ihren weiteren Beobachtungen rühre die Beleuchtung von zwei Männern her, auf welche die Beschreibung der flüchtigen Mörder Rathenaus zutrefte.

Burg Saaleck ist eine Ruine, nahe bei der berühmten Rudelsburg an der Saale. Im Burgturm der Saaleck führt ein angeblicher

Schriftsteller Dr. Stein ein Einsiedlerleben.

Hallische Kriminalbeamte, die am Montag vormittag auf die Meldung der Touristen nach der Saaleck kamen, stellten nach längerer Beobachtung fest, daß der Stein seine Wohnung verlassen hatte, in seinen Wohnräumen sich aber tatsächlich zwei Männer aufhielten, die als die gesuchten Mörder gelten konnten.

Zu einem Eindringen in die fest verschlossenen Räume — der Schlüssel stat innen im Schloß — waren die Beamten zu schwach. Sie entschlossen sich deshalb, Verstärkung heranzuholen. Während sie unten Wache standen, erschien auf telephonischen Anruf auf Automobilen am Montag nachmittag eine

Abteilung Schutzpolizei aus Raumburg,

die den Turm umstellte, so daß ein Entweichen für die zwei Männer im Turm ausgeschlossen war.

Noch bevor die Schutzpolizei eingetroffen war, scheinen sich die im Turm eingeschlossenen Mörder — sie sind später als die Gefangenen einwandfrei festgestellt worden — darüber klar geworden zu sein, daß sie verloren waren. Sie erschienen nämlich einmal auf der Balustrade des Turmes, winkten einem im Tale vorüberfahrenden Eisenbahnzuge zu und brachten

ein Hoch auf den Kapitän Ehrhardt

aus, worauf sie in den Turm zurückgingen. Es ist möglich, daß sie vom Turm aus die anrückende Schutzpolizei beobachtet haben.

Von der Schutzpolizei wurde mit Netzen die Lüren gesprengt. In einem Raume fanden die Beamten die beiden Mörder tot am Boden liegen. Sie hatten sich

durch Schüsse in den Kopf

selbst gerichtet.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Mörder geplant hatten, im Schutze der Nacht zu versuchen, aus dem Turm zu entweichen.

Es ist inzwischen einwandfrei festgestellt worden, daß die Selbstmörder im Burgturm der Saaleck die beiden tagelang gesuchten Mörder sind. Sie trugen die Kleidungsstücke, die zu Beginn der großen Fahndung im Kreise Gardelegen signalisiert worden waren.

Die Staatsanwaltschaft hat sofort Vertreter nach Saaleck entsandt, um weitere Ermittlungen anzustellen. Die Leichen der Mörder liegen zur Stunde noch so, wie sie aufgefunden wurden.

Wie die Mörder in die Wohnräume des Dr. Stein gekommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Wo Stein selbst sich aufhält, ist unbekannt. Es wird angenommen, daß er ein Gesinnungsgenosse der Mörder ist und diesen seine Wohnung als Zufluchtsort überlassen hat.

Die Ruine Saaleck spielte bereits eine Rolle, als in ihrer Nähe ein großes Waffenlager entdeckt wurde. Das Waffenlager befand sich in einem Felsenteller, der zu dem Rittergut Kreipitz gehört. In dem Besitz des Ritterguts gehört auch die Ruine Saaleck. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Weg der Mörder zu dem Dr. Stein im Turm über jenes Rittergut führt. —

## Die Unabhängigen gegen Auflösung.

### Die Entscheidung wird ihnen überlassen.

Die Entscheidung über die Frage der Schutzgesetze für die Republik und die eventuell nötige Auflösung des Reichstags ist am Montag nachmittag in der Fraktion der Unabhängigen gefallen. Sie geht dahin: die Schutzgesetze werden in der verwässerten Form, die sie im Ausschuß und in den zweiten Lesungen erhalten haben, von den Unabhängigen angenommen; damit ist die notwendige Zweidrittelmehrheit gesichert. Auf die Umbildung der Regierung, das heißt auf den Eintritt Unabhängiger in das Reichsministerium wird im Augenblick von den Unabhängigen verzichtet. Die unabhängige Fraktion ist damit einverstanden, daß die Erweiterung des Kabinetts nach links erst im Herbst erfolgt.

Die Sozialdemokratie hatte, wie das 'Berliner Tageblatt' zu melden weiß, den Unabhängigen die Entscheidung überlassen. Sie hatte an die unabhängige Fraktion die folgenden

### drei Fragen

zur Beantwortung gerichtet:

1. Wie verhalten ihr euch zur Frage des Eintritts eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei in die Regierung?
2. Seid ihr mit der Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst einverstanden?
3. Wie steht ihr zur Frage der Reichstagsauflösung?

Die erste Frage ist selbstverständlich verneint worden. Die Unabhängigen dulden so wenig wie die Sozialdemokraten die Erweiterung des Kabinetts nach rechts durch Vereinnahmung verkappter Monarchisten. Die zweite Frage ist bejaht worden. Die Unabhängigen sind mit der Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst einverstanden. Damit wurde schon die dritte Frage beantwortet. Die Unabhängigen wünschen jetzt keine Auflösung des Reichstags. Diese Entscheidung ist in der un-

abhängigen Fraktion mit 40 gegen 17 Stimmen — nach anderer Meldung mit 39 gegen 17 Stimmen — erfolgt.

Da die Sozialdemokratie den Unabhängigen die Entscheidung überlassen hatte, trat sie dieser Beantwortung der drei Fragen bei. Auch die Sozialdemokratie wird bei der heutigen Abstimmung für die Schutzgesetze in ihrer jetzigen Fassung stimmen und ihre Zustimmung dazu geben, daß die Erweiterung und Umbildung der Reichsregierung bis zur Herbstsession des Reichstags aufgeschoben wird. Bis dahin bleibt das jetzige Ministerium im Amt und die jetzige Koalition mit Zentrum und Demokraten in Wirksamkeit.

### Die Fraktionsführung der Unabhängigen.

Ueber die bedeutsame Sitzung der unabhängigen Fraktion, die die scharfe Krise mit einem Kompromiß und mit einer Simultanschließung der Lösung vorläufig abgeschlossen hat, weiß die 'Volksstimme' einiges mitzuteilen. Sie betont auch, daß die letzte Entscheidung bei den Unabhängigen lag, und macht über den Verlauf der Sitzung folgende Angaben:

Die Sozialdemokraten haben, indem sie erklärten, an der Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen und an den Voraussetzungen, auf denen sie beruht, festzuhalten, den Unabhängigen anheimgestellt, sich zu erklären, ob sie auf die sofortige Koalitionserweiterung und Kabinettsumbildung bestehen, oder ob sie damit einverstanden wären, beides bis zur Herbstsession des Reichstags zu vertagen und während der Zwischenzeit durch die höchste Instanz der Parteitage die Verschmelzung der beiden Parteien auszusprechen zu lassen. Die Auseinandersetzung in der Fraktion der Unabhängigen hat mehrere Stunden gedauert, und der Kampf der Meinungen scheint sehr scharf gewesen zu sein. Das Endergebnis aber war, daß mit beträchtlicher Mehrheit dieser Vertagung zugestimmt wurde. Die Gewerkschaften, die nachher mit den Führern der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam berieten, haben den Beschlüssen der Fraktion zugestimmt. Sie haben dem Reichstagspräsidenten in einer Aussprache, die sich auf die ganze innerpolitische Situation erstreckte, davon Mitteilung gemacht.

Nachdem also die Unabhängigen vorangegangen, haben sich die Sozialdemokraten und Gewerkschaften wie der Afa-Bund der unabhängigen Entscheidung angeschlossen. Dieselben Mächte, die am 26. Juni die Mindestforderungen des Proletariats aufgestellt haben.

Diese Mindestforderungen sind in den Schutzgesetzen nicht sämtlich erreicht worden. Die bürgerlichen Parteien sind eifrig bestrebt gewesen, im Ausschuß und bei der zweiten Lesung Schwächen durchzuziehen. Mit Hilfe der Deutschnationalen und der Volkspartei ist das Vorhaben ihnen auch gelungen. Gleichwohl haben nach dem Vortritt der Unabhängigen die übrigen Vertretungen der Arbeitererschaft sich entschlossen, den abgeschwächten Gesetzen ihre Zustimmung zu geben. Die Differenzen zwischen dem, was in den Gesetzen steht, und dem, was als Inhalt gefordert wurde, erschien ihnen nach der Entscheidung der Unabhängigen nicht mehr bedeutungsvoll genug, um deswegen einen Wahlkampf zu unternehmen, also das ganze Volk in diese Beurteilung eingreifen zu lassen.

### Eine halbe Entscheidung.

Sachlich befriedigt dieses Ergebnis uns nicht. Wir haben sofort nach Rathenaus Tode die Auflösung des Reichstags und das Votum des Volkes in der Frage: Republik oder Monarchie, Demokratie oder Gewalt? verlangt. Anstatt dessen wartete man die Einbringung der Schutzgesetze gegen die Mörderorganisationen ab, stellte den bürgerlichen Koalitionsparteien für die Erledigung der Entwürfe kein Ultimatum, sondern ließ sich auf die umständliche und zeitraubende Paragraphenarbeit ein, die den Zweck hatte, den Gesetzen möglichst viele scharfe Zähne auszuziehen. Mit dieser Sabotage der proletarischen Forderungen gingen kostbare zwei Wochen verloren. Je mehr Zeit verstrich, um so schwächer wurde die Kampfstimmung der bürgerlichen Republikaner gegen rechts. Schließlich erlebten wir gar noch den Versuch der Bildung eines Bürgerblocks, der nur den Monarchisten und Mordgefeilen nützen kann.



Die Entwicklung nahm denjenigen Lauf, vor dem wir in der ersten Stunde gewarnt haben. Dieser Lauf wird jetzt in der ersten Stunde gewarnt haben. Dieser Lauf wird jetzt in der ersten Stunde gewarnt haben.

Mehrheit wie durch uns wird der Ausgang auch von der „Sozialistischen Korrespondenz“ beurteilt. Sie schreibt:

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht halb befriedigend. Die Verantwortlichen, die im wesentlichen so bleiben dürften, wie sie aus der zweiten Lesung hervorgegangen sind, bleiben hinter dem Notwendigen ziemlich weit zurück. Sie erreichen in mancher Beziehung nicht einmal das, was in der vorigen Woche der Reichstag beschlossen hat. Auch die Frage der Regierungsumbildung wird nicht gelöst. Das Kabinett bleibt, wie es ist, vorläufig bestehen, und seine Ergänzung dürfte weit hinausgeschoben sein.

Bürgerliche Einseitigkeit hat das vereitelt. Engstirnige Sozialistenfurcht war bei Zentrum und Demokraten größer als das staatsbürgerliche Interesse an der Festigung der Republik. Staatspolitisch mußte der Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten in die Regierung gerade auch vom bürgerlichen Standpunkt aus mit lautem Jubel begrüßt werden. Denn damit verzichtete ein sehr ansehnlicher Teil der Arbeiterklasse auf die grundsätzliche Feindschaft gegen den Gegenwartsstaat.

Die Parteien und Marx entzweiten und wußten das. Aber größer als ihre Liebe zur Republik war ihre Angst davor, daß die sozialistische Arbeitsgemeinschaft mit ihren 180 Mitgliedern im Reichstagskabinett etwas stärkeren Einfluß ausüben könnte, als das die Sozialdemokratie bisher allem vermochte. Saurer als ihre Neigung zum republikanischen Staat war ihre innere kapitalistische Seelen-gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei.

Dieser bürgerliche Widerstand hätte sich nur durch die Auflösung des Reichstags und durch Neuwahlen überwinden lassen. Die Unabhängigen hatten es in der Hand, die Abrechnung mit den Mörderorganisationen, mit ihren Begünstigern und mit der bürgerlichen Angst vor den Sozialisten vorzunehmen. Sie haben sich anders entschieden. Die Sozialdemokraten hatten sich nach dieser Stellungnahme zu rufen. Der Reichstag des 6. Juni 1920 bleibt weiter bestehen. Die politischen Umwälzungen, die seitdem eingetreten, kommen im Parlament nicht zur Auswirkung.

### Der große Gewinn.

Aber diese Entscheidung, die auf der einen Seite zu wenig gibt, bietet auf der andern einen übertragenden positiven Gewinn. Der Weg zur

geschlossenen deutschen Sozialdemokratie, zur Einigung und Verschmelzung der Arbeiterparteien ist in den letzten Tagen der scharfen Krise beschritten und wesentlich abgeklärt worden.

Der Weg begann mit der Frage der Sozialdemokraten an die Unabhängigen, ob sie bereit seien, in die Reichsregierung einzutreten. Zweimal vorher in geschäftlichen Tagen war von derselben Sache an dieselbe Adresse dieselbe Frage gerichtet worden. Beidemal, am 11. Juni 1920 und am 10. Mai 1921, hatten die Unabhängigen die sozialdemokratische Einladung brüskel abgelehnt. Diesmal aber nach der Ermordung Rathenows sagten sie endlich ja, erlitten sie als rüchig und geboten an, was die Sozialdemokratie seit der ersten Stunde der Republik als notwendig durch ihr Handeln bewiesen hat.

Der zweite Schritt auf dem Wege zur Einigung wurde ebenfalls von den Sozialdemokraten getan. Sie forderten die Unabhängigen auf, mit ihnen zusammen sich zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, um den Einfluß der Arbeiter im Reichstag zu vergrößern. Auch jetzt fanden die Unabhängigen sich bereit, auf den Boden der positiven Arbeit zu treten.

Der dritte Schritt wird im September erfolgen. Dann haben die Parteitage der Sozialdemokraten und der Unabhängigen getrennt über die

### Schließung der beiden Parteien

zu beschließen. Es ist nach den kurzen Verhandlungen, die darüber vorliegen, nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern schon so weit gediehen sind, daß dieser Abschluß im September möglich wird. In der Hauptsache des Reichstags, die Mitte Oktober beginnen soll, werden nicht mehr zwei sozialdemokratische Parteien, sondern eine

### eine, geschlossene Sozialdemokratie

eintreten und dort ihre Ansprüche auf die parlamentarische Beteiligung an der Regierung erheben. Dann ist den bürgerlichen Parteien der Einigungsweg gegen die Verschärfung des sozialdemokratischen Einflusses geschnitten, den sie bisher mit dem Habitus auf den Reichstags-Parlamentarismus der Unabhängigen genützt haben. Die unabhängigen Reichstagsmitglieder und der unabhängige Reichstagsklub haben dieses Programm preisgegeben. Sie sind zum Programm der Sozialdemokratie zurückgekehrt und müssen später den bürgerlichen Sozialdemokraten entsprechend gegenüber treten.

An der lang ersehnten baldigen Einigung der sozialdemokratischen Massen ist sonach nicht mehr zu zweifeln. Sie hätte sich zwar durch eine Neuwahl zum Reichstag schneller, gründlicher und reibungsloser erreichen lassen — die Minderheit der Unabhängigen wird dafür sorgen, daß es noch scharfe und peinliche Auseinandersetzungen geben muß —, aber da die Sozialdemokratie in edler brüderlicher Gesinnung den Unabhängigen als den Schwächern die Entscheidung über Neuwahl oder Vertagung überlassen hatte, so haben wir uns dieser Entscheidung zu beugen.

So sehr wir diese Entscheidung bedauern, so verkennen wir auf der andern Seite nicht, daß sie auch einen Gewinn verspricht. Die beiden Parteien können nun in aller Ruhe ihre Verschmelzung zu der einen großen proletarischen Partei organisatorisch vorbereiten und ihren Parteitag ein festes Vereinigungsprogramm vorlegen.

Diese Einigung hat ein so starkes Gewicht, daß wir dafür die Kompromisse und die fehlende Abrechnung mit der Reaktion in Kauf nehmen müssen. Bleiben die bürgerlichen Koalitionsparteien bei ihrer Absicht der Bildung eines Bürgerklubs stehen, dann ist die Abrechnung nur verschoben, aber nicht aufgehoben worden. Und dann wird auf der Seite der Republik und Demokratie eine einige, geschlossene Sozialdemokratie stehen wie vor dem Krieg. Sie wird dann die Erfolge erringen, die heute schon möglich gewesen wären, wenn nicht die Unabhängigen etwas anderes beschlossen hätten.

### Die „neutrale“ Putschorganisation.

Die nationalsozialistischen Studenten haben sich im Hochschülerring deutscher Art zusammengeschlossen. Angeblich ist der Hochschülerring politisch völlig neutral, und mit großer Entrüstung nahm die rechtsstehende Presse die Nachricht auf, daß der Hochschülerring in Breslau aufgelöst und eine Anzahl seiner Mitglieder in Haft genommen seien. Die Pressestelle des Oberpräsidiums in Breslau verbreitet nun eine Darstellung des sehr eigenartigen „neutralen“ Wirkens des Hochschülerrings, die nicht nur in der Provinz Sachsen Interesse findet, zumal in ihr auch die Universität Halle liegt, deren Studentenschaft nicht minder „neutral“ ist wie die in Breslau.

Nach den Mitteilungen des Breslauer Oberpräsidiums ist der Hochschülerring aufgelöst worden, weil er zur Teilnahme an einer militärischen Geheimorganisation aufgefordert hat. Die Ermittlungen haben ergeben, daß im Glasper Bergland vom Herbst vorigen Jahres bis zum Sommer dieses Jahres wiederholt militärische Übungen einer Organisation stattgefunden haben, deren Leitung in den Händen der Studenten Heinrich und Dietrich von Jedlich-Neufuß lag. Als weitere Führer sind eine Anzahl Studenten festgenommen worden, ebenso ein Polizeihauptmann, der als militärischer Instruktor teilnahm.

Die Namen der etwa 70 Teilnehmer sind bekannt, es handelt sich um Studenten, Gymnasialisten, Lehrer, Mitglieder des Deutschvölkischen Schütz- und Truppbundes und der Arbeitsgemeinschaft Hoffsch.

Dem Hochschülerring war von dem Prinzen Heinrich von Preußen die Bande Serbenhand zur Verfügung gestellt worden, die bei Übungen als Uniform diente. Das aufgefunden Material zeigt, daß die Organisation streng militärisch gegliedert war. Die Teilnehmer zerfielen in Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der genau eingeteilte Dienst umfaßte Exerzieren, Stellungungen, Gefechtsdienst, Gewehrreinen usw. Schargeschüssen wurde mit Gewehren und Maschinengewehren. Die Fertigkeit der Waffen und Munition ist noch nicht einwandfrei festgestellt. Die Schamprang einiger Verhafteter, daß sie die Waffen „zufällig“ gefunden hätten, wird dadurch widerlegt, daß nach den getroffenen Feststellungen die Maschinengewehre und Patronen zusammen mit Lebensmitteln, Decken und Stroh auf einem von Studenten begleiteten Lieferwagen zur Serbenhande gefahren und dort abgeladen wurden.

Die Hochschüler waren Mitglieder der Organisation G. Die militärische Organisation des Hochschülerrings wurde von außen finanziert, die Geldgeber konnten noch nicht ermittelt werden.

Und weil diese Gesellschaft am Rastlosen gefestigt wurde, jenseit der Reichspresse Jeter und Kothin.

Militärisch organisierte Studentengruppen gibt es nicht nur in Breslau. Aus Würzburg wird berichtet, daß dort die gesamte Corps-Studentenschaft in zwei Bataillone eingeteilt ist. Tages- und Nachübungen werden regelmäßig abgehalten.

Wie in Breslau und Würzburg wird es überall an unseren Universitäten sein und wir verlangen, daß die Universitäten auf das höchste beobachtet werden.

### Freiheit, hilf uns!

Die Korrespondenz der Deutschnationalen veröffentlicht einen Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Herzog, und dem Generalsekretär Oswald Braun. Herzog ist in Berlin, der sich auf die Vorgänge in der Reichstagsfraktion am Tage der Ermordung Rathenows bezieht.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion beantragt Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunistischen Abgeordneten, die Hellschick mit dem Rufe „Der Mörder muß raus!“ aus dem Saal drängen wollten, wegen Verstoßes gegen § 106 des Strafgesetzbuchs (gewalttätige Verhinderung von Mitgliedern aus einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landesstaates) und benennt als Täter die Abgeordneten Hellen, Krawinkel, Dr. Kofes, Koenen, Juchacz und Jabel.

Der Generalsekretär erwidert darauf, daß er mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit der Abgeordneten während der Dauer der Sitzungsperiode nicht in der Lage sei, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Darauf riefet Dr. Herzog an die Staatsanwaltschaft des anständliche Geschehen, beim Reichstag die Verhinderung der Strafverfolgung der genannten Personen einzufordern.

Freiheit, hilf uns, sagen die Deutschnationalen, und wenn es uns gelingt durch allerlei Mordbrenner und Deutschnationale als die armen verfolgten Männer hinzustellen, den Mordbrenner Helfertich ebenfalls als Märtyrer, dann müßte es doch mit dem Teufel ausgehen, wenn der Mord an Rathenow und die von uns geschützten Mörderorganisationen nicht bald vergessen wären.

### Der Dollarkurs im Küchenschrank.

Not lehrte beten, sagt ein altes Sprichwort. Unsere jetzige Not lehrte auch weltwirtschaftlich denken. Auch der schlichten Hausfrau, die ganz nach Kleinbürgerlichem Ideal nur im häuslichen Kreise zu walteln sich vornimmt, geht allmählich eine Ahnung auf, daß ihre Hauslichkeit, Freund und Leid ihrer Familie nicht allein abhängt von dem eignen geschickten Wirtschaften und vom Fleiß des Vaters, sondern auch von Mächten, die außerhalb der Familie, außerhalb des Landes wirken. Wir sind eng verflochten in unsern wirtschaftlichen Leben mit der Welt. Fragen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft stehen unmittelbar in unserer Stube, vor unserm Küchenschrank. Wie der Dollar ist es, das hat Einwirkung auf unsern Mittagstisch, auf das Frühstück, das sich der Vater mit zur Arbeit nimmt. Wie schnell folgen dem emporschießenden Dollar auch die Preise für Fleisch, Kartoffeln und andre Lebensmittel, die im Inland erzeugt werden. Wenn der Dollar aber fällt, dann haben es die Preise nicht so eilig herabzugehen. Sie bleiben oben.

Die glücklichen Leute in Deutschland, die im Besitz von Waren sind, haben es in der Hand, die Preise hoch zu halten. Es herrscht großer Mangel an Waren, die Zufuhr aus dem Ausland ist bei der geringen Kaufkraft des deutschen Geldes nur in sehr eng begrenztem Umfang möglich, also haben unsere Herren Warenbesitzer und -händler keine ausländische Konkurrenz. Die Verhältnisse können erst dann wirklich gesunden, wenn diese Konkurrenz wieder möglich ist, wenn den deutschen Lieferanten ausländische Waren auf den Hals rücken.

Die Getreidepreise sind durch den hohen Stand des Dollars enorm in die Höhe gegangen. Wir verzeichnen im Laufe der vorigen Woche einen Getreidepreis von 19 000 Mark die Tonne, der unser Brotverjüngungsprogramm schwer im Gefache bringt. Die Reichsgetreidestelle, die neben der Zwangsabgabe von Getreide zum Preise von 6900 Mark die Tonne ausländisches Getreide zur Deckung des Bedarfs zukaufen muß, hat einen Übergabepreis von 11 000 Mark für die Tonne festgesetzt. Es ist das ein Durchschnittspreis, um die Differenz zwischen inländischem und ausländischem Getreide auszugleichen. Bleibt der Getreidepreis auf der Höhe oder erfährt er eine weitere Steigerung durch das Fallen der Mark, so ist der Ankauf von 11 000 Mark, dem die Reichsgetreidestelle nimmt, viel zu gering. Sie wird ihr Geschäft mit großen Verlusten abschließen müssen. Das Beispiel zeigt uns, wie stark der Einfluß des Dollars auf unsere innere Preislage ist und wie keine Maßnahme uns von dieser Preisentwicklung auf dem Markte retten kann, wenn nicht die Besserung des Marktkurses eintritt.

In einigen andern Lebensmitteln gestaltet sich die Lage ähnlich. Für die Herstellung von Margarine sind Oele notwendig, die wir nur vom Ausland beziehen können. Je nach der Preislage der Oele gestaltet sich hier die Preisentwicklung. Der große Einfluß von Schmalz bringt uns in Abhängigkeit vom Auslandsmarkt und zieht allerdings auch die Preise im Inland mit fort. Seit einigen Wochen hat man mit Erfolg versucht, amerikanisches Gefrierfleisch wieder einzuführen, das sich im Preis erheblich niedriger stellt als das frische Fleisch im Inlande. Durch den Dollarkurs vergrößert der günstige Stand des Gefrierfleisches, es sei denn, daß die Viehpreise im Inland noch erheblich aufwärts gehen, was nicht ausgeschlossen ist. Weniger erheblich sind allerdings die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt, die nicht unmittelbar unter dem Einfluß unserer Kalbra stehen, sondern nur die mittelbare Auswirkung der Konjunktur bedeuten.

In der Industrie ist die gleiche Rückwirkung in der Preisbewegung für einige Produkte ganz klar ersichtlich; die Eisenindustrie muß vermehrtes Kapital aufwenden für die Einfuhr von Erzen, die Zelluloseindustrie ihren Einkauf von Soße und Gammolle höher bewerten, und in der Lederindustrie steigen Härte und Leder, die vom Ausland eingeführt werden, ganz nach dem Stande des Dollars.

Gelingt es uns nicht, den Wert der Mark zu heben, bleiben wir auf diesem hohen Stande, so müssen wir damit rechnen, daß in nicht zu langer Zeit sich eine Preissteigerung von 100 Prozent ergeben hat. Was eine solche Preissteigerung für die innere politische Lage bedeutet, braucht das Wort nicht dargelegt zu werden. Deshalb darf kein Mittel unversucht bleiben, dieser fürchterlichen Katastrophe, denn eine solche wäre es, im Inland zu entgehen; auch hier handelt es sich um eine Maßnahme zum Schutze der Republik. Die vollständige Beseitigung unserer Finanzen muß eine wirtschaftliche Depression zur Folge haben, die die Arbeiterklasse am schwersten treffen wird. Der hohe Dollarkurs darf nicht die Ursache werden, daß im Arbeiterhaushalt jede Lebensmöglichkeit schwindet. Leute, die von der Bergweisung durch ihre Lage gehetzt werden, verlieren nicht nur die Gesundheit, sondern auch die nützliche politische Überzeugung, die gerade die arbeitenden Massen für ihre schweren Aufgaben brauchen.

### Mordbrenner.

Die Nordbundes des Deutschvölkischen Schütz- und Truppbundes sind aufgelöst, d. h. nur in Norddeutschland, nicht etwa auch in Bayern. Wer oder glaubt, daß damit die Gefahren beschworen seien, der täuscht sich. Nach Pressemeldungen beschäftigen die Bulle und Konfanten, die Führer des Nordflügels bei den Deutschnationalen, ihre deutschvölkischen Banden neu zu organisieren, und zwar nach dem Muster der italienischen Faschisten. Dieser als lange Zeit zurückliegende folgende Meldung das Wesen der Faschisten:

In Cremona zündeten am Samstag Faschisten die Wohnungen der Sozialisten Garibotti, Popolare und Niguel an, da bekannt war, daß diese in der Kammer gegen die Ausschreitungen der Faschisten in der Provinz Cremona sprachen würden.

Diese Mordbrenner sind das Ziel unserer Deutschnationalen. Die deutsche Arbeiterklasse geht schlimmen Tagen entgegen, wenn es nicht gelingt, die Übertragung des Faschismus auf Deutschland zu verhindern. Ein schlechter Trost ist dabei die Gewißheit, daß die deutschen Arbeiter besser als die italienischen die Macht organisieren werden, denn im blutigen Bürgerkrieg haben auch die Arbeiter sehr viel an verlieren.



# Zwangsleihe und Reichspolizei.

Am Montag wurde im Reichstag der Gesetzentwurf über die Beilegung des Notgeldes in allen drei Lesungen angenommen. Das Notgeld soll nach dem Entwurf binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten eingezogen sein.

## Notlage der Presse.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat die Vorlage beraten und mit einer Reihe von Änderungen angenommen. Der Ausschuss will die gesamte Notlage mit einer Sonderabgabe von 1 1/2 Promille zugunsten der Presse belasten. Weiter wurde gewünscht, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen unterstützt werden. Die Regierung hat eine Berücksichtigung dieser Wünsche in den Ausführungsbestimmungen zugesagt. Grundsätzlich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Insektendruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde bis zum 31. März 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Es gibt kaum eine Ware, die einen so übermäßigen Preisaufschlag zu verzeichnen hat wie das Papierholz. Die außergewöhnliche Preisentwicklung muß uns mit großer Sorge über den Stand der Presse und ihre Lebensfähigkeit erfüllen. Wir haben ein Interesse daran, die Erhaltung der Presse in einem gewissen Maße zu begünstigen, sie nicht vollständig dem freien Wettbewerb und der Skrupellosigkeit der Papierfabriken zu überlassen.

## Die Presse ist ein Kulturfaktor

für unser Volk. Ihr Rückgang würde das allgemeine Bildungsniveau senken. Dazu kommt, daß große kapitalistische Unternehmungen dazu übergehen, sich einflußreiche technische Unternehmungen anzugliedern, das bedeutet die Gefahr der Entwürdigung der Presse nach einer einseitigen Richtung. Ferner ist bei einer sehr bedrängten Lage der Presse ein gewisser Anreiz zur Korruption gegeben.

In der Abstimmung werden kommunistische Änderungsanträge und ein Zentrumsantrag abgelehnt. Die Vorlage wird nach dem Ausschussbeschlusse angenommen. Hierauf wird die am Sonnabend abgebrochene Abstimmung über die Abgabe zum Erbschaftsteuergesetz fortgesetzt und abgeschlossen. Die Ausschussbeschlüsse werden im wesentlichen bekräftigt.

Es folgt dann die zweite

## Veratung der Zwangsleihe.

Abg. Dr. Gelferich (Dt.-nall.): die grundsätzlichen Bedenken meiner Freunde gegen das Gesetz bestehen trotz der wesentlichen Verbesserungen, die die Regierungsvorlage im Ausschuss erfahren hat, fort.

Abg. Dr. Geyer (Unabh. Soz.): Gegenüber dem Abg. Doktor Gelferich habe ich zu bemerken, daß keine Partei des Reichstags mit dem Londoner Finanzklub einverstanden war. Aber die außenpolitische Situation Deutschlands wird am meisten geschädigt durch die Art, mit der die „nationale Opposition“ Selbstkritik gegen die Republik anstimmt. Sehr zu bedauern ist die lange Einwärtszögerung des Eingangs der Zwangsleihe. Die Höhe ist vollkommen ungenügend und der Zinsfuß zu groß. Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist es, die Staatsfinanzen so zu gestalten, daß die Republik

## Kredit im Ausland

gewinnt. Darum muß die Inflation abgebaut werden. Was man durch die Zwangsleihe nicht ausbringen kann, muß die Notenpresse bringen mit der Wirkung, daß die Inflation und mit ihr die Preise steigen. Diesem Uebelstand abzuwehren, beantragt die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für die Zwangsleihe die Höhe von 1 Milliarde Goldmark oder mindestens 80 Milliarden Papiermark. Weiter beantragen wir eine Herabsetzung des Zinsfußes bis zu den ursprünglichen Höhen der Regierungsvorlage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gillein (Komm.): Wir beantragen, die Zwangsleihe auf 1 Milliarde Goldmark, evtl. auf 100 Milliarden Papiermark zu erhöhen, den Zinsfuß herabzusetzen und auch die andern vom Ausschuss beschlossenen Milderungen aufzuheben.

Abg. Curtius (Dt. Sp.) lehnt eine Erhöhung der Zwangsleihe über 80 Milliarden hinaus ab und stimmt im übrigen der Ausschussvorlage zu.

Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. Eine Änderung tritt nur insofern ein, als die Grenze des zeichnungsplächtigen Vermögens, bei dem Abzüge für Kinder zulässig sind, auf sozialdemokratischen Antrag von 5 auf 3 Millionen Mark herabgesetzt wird.

Die Novelle zum Erbschaftsteuergesetz wird in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. In der dann vorgenommenen dritten Lesung wird das Gesetz über die Zwangsleihe ohne Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Es folgt dann die erste Beratung eines von den Regierungsparteien beantragten Gesetzentwurfs, der den Reichsminister der Finanzen ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit

von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Abg. Philipp (Dt.-nall.) bekämpft den „Reptilienfonds“.

Abg. Müller (Franken, Soz.): Für die Vorlage werden alle diejenigen stimmen, die die Republik schützen wollen gegen die Erzeuger der politischen Notstandsnotlage. Die Deutschnationalen haben bisher den Trennungstisch gegen diese verdrängten Kreise noch nicht gezogen. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Der Redner hat, indem er die früher vorhandenen „Reptilienfonds“ erwähnt, die ganze Schande des kaiserlichen Deutschlands aufgedeckt. (Stürmischer Beifall links. Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Deutschnationalen fragen nach einer Begründung dieses Gesetzes. Nach dem, was vorgegangen ist, erscheint uns dieser Gesetzentwurf so selbstverständlich, daß er noch unter Ansicht keiner Begründung bedarf.

Abg. Dr. Becker (Dt. Sp.) behält sich namens seiner Fraktion die endgültige Stellungnahme zu der Vorlage ausdrücklich vor.

Abg. Petersen (Dem.) tritt ebenfalls für die Ueberweisung an den Ausschuss ein.

Das Haus beschließt so.

Es folgt dann die zweite

## Beratung des Reichskriminalgesetzes.

Nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses erhält der entscheidende § 1 des Gesetzes folgende Fassung:

Zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte beschränkt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt.

Ueber die Verhandlungen des Rechtsausschusses berichtet Abg. Kardorff (Dt. Sp.)

Bayerischer Gesandter v. Freger erklärt namens der bayerischen Regierung, daß diese das Gesetz ablehnt, da es keinen Eingriff in wichtige Freiheitsrechte der Länder beinhaltet. In weiten Kreisen der bayerischen Bevölkerung herrscht — ich will nicht sagen

## Reichsmilitarität

— beim das bayerische Volk ist reichstrau bis auf die Knochen. (Hallendes Gelächers links) ein starkes Gefühl des Unmuts gegen die Reichsregierung, weil diese immer wieder in die Souveränität der Länder eingreift, ohne daß eine Staatsnotwendigkeit vorliegt.

Abg. Gümmlinger (Bayer. Sp.) schließt sich dem an.

Abg. Lübbig (Soz.): Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Aufbaues der Kriminalpolizei wird von den Kriminalisten schon lange gefordert. Es wäre besser gewesen, das Gesetz hätte den Namen „Reichspolizeigesetz“ erhalten, um die Möglichkeit zu haben, daß die Vertreter der Reichspolizei neben der politischen Seite ihrer Tätigkeit auch zur Bekämpfung des Verbrechertums ausführen können. Durch die Uebertragung der Exekutive auf das Reich würden auch

## die Geheimbinden

zur Vorbereitung politischer Verbrechen wirksam bekämpft werden können. Wir wünschen daher, daß dem Reich die Ermächtigung gegeben wird, in solchen Fällen, in denen das Reichsinteresse berührt wird, durch seine eignen Beamten Ermittlungen anstellen. Bayern aber sperrt sich gegen eine solche Erweiterung der Reichsbefugnisse. Ich bitte, den Gesetzentwurf unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung anzunehmen.

Abg. Dr. Bell (Str.): Im Ausschuss sind die Bedenken Bayerns im wesentlichen berücksichtigt worden.

Abg. v. Kardorff (Dt. Sp.) erklärt für den größten Teil seiner Parteifreunde das Einverständnis mit der Vorlage.

Abg. Koch (Dem.): Der Zusammenhang des Gesetzentwurfs mit dem Rathenau-Mord ist hier heute bestritten worden; ich behaupte im Gegenteil, sowohl der Erzberger- als auch der Rathenau-Mord wären unmöglich gemacht worden, wenn der Reichsregierung ein solches Reichskriminalpolizeigesetz schon zur Verfügung gestanden hätte.

Reichsminister des Innern Dr. Köster: In der deutschen Geschichte soll es vorgekommen sein, daß die einzelnen Länder miteinander im Kriege lagen, während draußen der Feind die höchsten Teile des Reiches heimsuchte. Ich möchte nicht, daß wir hier über Kompetenzen streiten, während draußen aus der

## Gefahr des Volkes

sich Nordbanden bilden, die dem Reiche die Gurgel abschneiden wollen. Das ist die tatsächliche Lage und das sind die aus ihr zu ziehenden politischen Konsequenzen. In einer Zeit, in der sich Verbrecherbanden, ähnlich den italienischen Fascistenbanden, in Deutschland zeigen, können wir ohne eine solche Regelung gar nicht die Sicherheit des Reiches aufrechterhalten.

Die Minderorganisation C verteilte sich über alle Länder, um die Echtheit der Aussagen auszunutzen, die der Polizei jetzt durch die verschiedenen Zuständigkeiten entstehen. Die Schwierigkeiten, die der Forderung nach den Rathenau-Morden von Behörden der Reichspost und Eisenbahn bereitet worden sind, wären nicht möglich gewesen, wenn statt der preussischen Polizei eine Reichspolizei die Verfolgung geführt hätte. Wir haben auf die Länder alle nur denkbare Rücksicht genommen. Weiter als im Ausschuss können wir nicht mehr geben. Die Reichsregierung muß die Rücksicht auf die sechs oder sieben Millionen Bayern dann zurückstellen, wenn diese Rücksicht kollidiert mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die 60 Millionen deutscher Reichsbürger. (Beifall links.) Gehört mir müssen heraus aus der Periode der Ultimaten, aber auch aus der Zeit der

Drohungen mit dem Abfall vom Reiche.

(Sehr gut! links.) Willst du nicht in Bayern Elemente, die gar keine Bayern sind (Muss: Ludendorff!) die aber ein Interesse daran haben, die Haltung der Reichsregierung falsch zu beleuchten und die Klust zwischen Bayern und dem Reich zu erweitern. Die Mehrheit des bayerischen Volkes wird aber nicht wollen, daß die Verfolgung von Verbrechen erschwert wird aus Gründen der bayerischen Staatshoheit. (Beifall links.)

Nach weiteren Erklärungen der Abg. Beck (Sachsenburg, Soz.), Koenen (Komm.) und Unterleitner (Unabh. Soz.) wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung aller Änderungsanträge nach dem Ausschussbeschlusse angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. dritte Lesung der Schulschulgesetz, Amnestiegesetz, Gesetzentwurf gegen die Notlage der Presse, zahlreiche kleinere Vorlagen. Schluß nach 10 Uhr.

# 1688 Kleine Anfragen.

In den zwei ersten Jahren der gegenwärtigen Reichstagswahlperiode, d. h. von Ende Juni 1920 bis Ende Juni 1922, sind im Reichstag insgesamt 1688 Anfragen gestellt worden. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 502, die Deutsche Volkspartei 489, die Bayerische Volkspartei 64, die Zentrumspartei 166, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 132, die Kommunistische Partei 21, den bayerischen Bauernbund 3 und die Deutschbannoberische Landespartei 6. 77 Anfragen sind gemeinschaftlich von Angehörigen verschiedener Fraktionen eingebracht worden.

Die beiden Reichsparteien unterlassen es bei keiner Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß Sparsamkeit das oberste Gebot ist. Ueberall sehen sie Verschwendung und überall fordern sie Einschränkung. Ganz im Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß die beiden Reichsparteien fast 300 Kleine Anfragen mehr einbrachten als alle übrigen Parteien des Reichstags zusammen. Wenn man berücksichtigt, daß heute jede Kleine Anfrage rund 1000 Mark Druckkosten verursacht, dann ist jedes Wort darüber, wie die Reichsparteien die „altpreußische Sparsamkeit“ in die Praxis umsetzen, überflüssig.

# Neue Waffenfunde.

In Potsdam wurde beobachtet, wie aus der früheren Kaserne des Garde-du-Corps-Regiments, in der seit über einem Jahre kein Militär mehr untergebracht ist, Waffen und Ausrüstungsgegenstände fortgeschafft wurden. Wohin ist noch unbekannt.

Bei sich niemand darum kümmerte, begaben sich einige sozialdemokratische Funktionäre in das leerstehende unbewachte Gebäude und fanden dort in einem Zimmer außer Leibern von Maschinengewehren und Gewehren noch 200 scharfe Handgranaten, Infanteriemunition, Dumdum-Geschosse, 1000 Tornister, 100 Seitengewehre, 2000 Kochgeschirre, 600 Stahlhelme mit Patentreifen, Strohhaube, Gesträger usw.

Nach Aufforderung durch die Funktionäre beschlagnahmte die Polizei das Material. Möglich erschien ein Divertissement vom Regiment Nr. 9 und rekrutierte das Material als Regimenteigentum. Unter anderem auf die Dumdum-Geschosse und die Patentreifen-Stahlhelme.

die doch nicht zum etatmäßigen Bestand der Reichswehr gehören würde die Beschlagnahme aufrechterhalten.

Einen sehr bedeutenden Fund machte eine interalliierte Kontrollkommission in einer Stubkazerne in Kaserne, wo 500 Waffenschätze gefunden wurden.

Eben größern Gefallen, als Waffenlager anzulegen, kann niemand der Entente machen. Wie sollen die Franzosen die Notwendigkeit, das Rheinland noch länger zu besetzen begründen, wenn nicht durch die Hinweise auf geheime militärische Stützungen, wozu ihnen die Vorbereitungen bereitwillig verhelfen. Freilich, diese Stützungen richten sich nicht gegen die Franzosen, sondern gegen die deutsche Republik, aber das sagen die französischen Militärs den französischen Völkern nicht.

# Notizen.

Der neue Reichsgerichtspräsident. Der Ausschuss des Reichsrats schlägt einstimmig als Nachfolger für den verstorbenen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Delbrück den früheren Reichsaussenminister Dr. Simons vor.

Moratorium und Sachleistungen. Die deutsche Regierung hat in Rom, Paris, London und Brüssel eine Note überreichen lassen, in der die Reichsregierung aus den bereits in dem Moratoriumgeheim abgemachten Grundsätzen die Möglichkeit der Zahlungen der aus dem Ausgleichsverfahren sich ergebenden Beträge nachweist. Gleichzeitig ist von der Reparationskommission der Reichsregierung eine Note überreicht worden, in der die Inkraftsetzung des Wiesbaden-Abkommens für den 20. Juli gewünscht wird. In maßgebenden Kreisen glaubt man, daß man sich auf diesen Termin einigen wird.

Leistungskontrollen für die Beamten. Während einer Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstags gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließen, in seine eigene Leistungskontrollen einzutreten, und daß der Reichsfinanzminister noch in dieser Woche in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eintreten werde.

Bekämpfung der Tuberkulose. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat dem vom Minister für Volkswirtschaft vorgelegten Entwurf eines preussischen Gesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose zugestimmt. Der Entwurf geht nunmehr dem Staatsrat zu und wird dann veröffentlicht werden. Der Gesetzentwurf bekräftigt im wesentlichen die Einführung der Meldepflicht bei Erkrankungen an ansteckender Lungentuberkulose und auf die Ausheilung einiger Tüden in der Fürsorge. Er bezweckt nicht, dem in Vorbereitung begriffenen, umfassenderen Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose vorzugreifen, aber er wurde in der Absicht vorgelegt, die Zwischenzeit bis zur Verabschiedung des Reichsgesetzes nicht für bringliche Aufgaben der Vorbeugung ungenützt vorübergehen zu lassen.

Polens Regierungskrise. Durch die Wahl Korfantys zum Ministerpräsidenten, die nach langem Würgen trotz der geringen Mehrheit von 13 Stimmen zustande kam, ist der gegenwärtige Staatschef Polens, Pilsudski, nach seinen Aeußerungen nicht mehr in der Lage, im Amte zu bleiben und hat die Absicht, in kürzester Zeit zurückzutreten. Damit wäre Polen wieder in eine neue Krise hineingekommen, die radikal nur dadurch gelöst werden könnte, daß andre Mehrheitsverhältnisse im Parlament geschaffen werden. Solange sich Rechte und Linke in fast gleicher Stärke schroff gegenüberstehen, muß stets Krisensituation herrschen.

Montenegro ausgelöst. Die Völkerverkonferenz hat sich mit der Frage der Grenzen Montenegros beschäftigt, das seit einiger Zeit von serbischen Truppen besetzt ist. Die Annexion ist also tatsächlich schon durchgeführt. Die mit der Festlegung der Grenzen Albanien betraute Kommission hat auf Verlangen der Völkerverkonferenz die Frage geäußert, mit welchem Wappenzeichen die Grenzgebiete zu versehen sind, das heißt mit andern Worten, ob Montenegro als selbständiger Staat bestehen bleibt, oder dem serbisch-jugoslawischen Königreich einverleibt werden soll. Die Völkerverkonferenz hat auf Grund des Gutachtens des Ausschusses in diesem letztern Sinn entschieden, so daß ein selbständiger Staat Montenegro nicht mehr besteht.

# Depeschen.

## Neue Waffenfunde in Thüringen.

\* Weimar, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Bismarckroda bei Eisenach wurden bei einer Waffenfunde gefunden:

3 vollständige Maschinengewehre, 1 Minenwerfer und Zubehörteile, 6 Maschinengewehre, 4 Langgewehre, 5 Infanteriegewehre, 10 000 Schußmunition, 30 Maschinengewehrläufe, mehrere Waffenmeisterkasten, Zubehörteile.

Die Waffen waren teilweise im Kirchturm, zum Teil im Walde verborgen.

# In Groß-Osternleben — Bienenbed bringen

## M. Niehns Lichtspiele, Bienenbed Nr. 19

Wir Mittwoch und Donnerstag den prachtvollen 4. Teil von „Rote Rache“, Freitag und Samstag den 3. letzten und besten Teil. In jedem Teile gibt es ein herrliches Programm, und es auch erstklassige Künstler-Konkerte geboten wird, so ist der Besuch jedermann sehr zu empfehlen.

# Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsauftragserinnen entgegen)

Zur Abholung liegt bereit:

Die Woche Nr. 16.

Bücher vorrätig sind:

Edvard Bernhein: Was ist Sozialismus? 10 Mk.

Gustav Egidius: Internationaler Lehr- und Lesebuch. Für die

Erziehung zu allgemeiner menschlicher Weltanschauung in weltlichen Schulen und religiösen Familien. 7 Teile. Band Nr. 30 Mk.

Heinrich Garretmann: Bericht. Eine Rundreise. 5 Bände

je 2 Mk.

Prof. Dr. Kurt Gollub: Der Sozialismus. 40 Mk.

Tag Adler: Wegweiser. Studien zur Weltgeschichte des Sozialismus.

40 Mk.

Neuerscheinungen:

Carl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm.

Internationale Bibliothek Nr. 64. 100.000 Mk.

Carl Dräger: Der Bierübermann. Ein Song von Gomer

Sonne und Schnee. Reich illustriert, nur 15 Mk.

Schwedische Volkstage. Vorträge und herausgegeben von C. Engström.

22 Mk.

Das Leben geboren. Gedächtnisreden deutscher Künstler, deutsche Gedichte.

15 Mk.

C. Engel: Deutsche Meisterprosa. Ein deutsches Hausbuch, gut gebunden.

45 Seiten. 150 Mk.

A 280

# Gesetzlich darf

in MAGGI Originalflaschen nicht anders als  
MAGGI Würze hergestellt werden. Beim Nachfüllen achtet  
man darauf, daß die Würze aus der Flasche mit dem Namen  
MAGGI hervorgeht. Nachfüllen ist nicht erlaubt.

gedrucktlich MAGGI Würze und alle Nachschüsse zurück.











# Provinz und Umgegend.

## Parteinachrichten.

Sachsen, Sozialdemokratische Partei. Am Mittwoch den 18. Juli Arbeiterferienausflug nach dem „Bühnenhaus“. Treffen nachm. 2 Uhr „Stadtpart“.

## Die „Landfriedensbrecher“ frei!

Wie uns durch den Reichsjustizminister mitgeteilt wird, sind nach einer Rücksprache mit dem preussischen Justizminister die im Laufe des Mai und Juni von Magdeburger Gerichten gefällten Urteile wegen „Landfriedensbruchs“ anlässlich der Erzberger-Demonstration durch das preussische Amnestiegesetz als aufgehoben zu betrachten.

Das gleiche gilt natürlich für alle Urteile, die in Preußen gegen Erzberger-Demonstranten gefällt wurden. Für Urteile in außerpreussischen Ländern, z. B. Anhalt, bedarf es eines besonderen Amnestiegesetzes, das vom Landtag beschlossen werden muß.

Wir empfehlen den damals Verurteilten, sofort durch ihre Rechtsanwälte die Ermittlung zu verschaffen, daß ihre Strafen gelöscht werden.

## Au die Leipziger zum Arbeitersporttag.

Bundesgenossen und Genossinnen! Der Aufschwung der Sonderzüge mit frischem Grün müssen wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Daneben werden Embleme, Fähnchen usw. die nötige Bunttheit schaffen müssen. Die Dekorierung des Zuges 1.10 Uhr ab Magdeburg haben folgende Vereine zu besorgen: Cracau, Südost und Heumedenbeck. Der Cracauer Verein wird das nötige Grün heranschaffen. Der Zug geht ab Freitag von 11 Uhr an auf Wagenplatz 13 bereit zum Schmücken. Jeder der obengenannten Vereine hat 10 Mann für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese Dekorationskolonne trifft sich Punkt 10 1/2 Uhr an Tor 6 in der Bahnhofstraße. Ebenfalls müssen die Cracauer dafür sorgen, daß zu dieser Zeit der Wagen mit Grün zur Stelle ist.

Die Schmückung der Wagen, welche für die Fichte-Turner und die übrigen gestern genannten Vereine bereit gehalten werden, übernimmt „Fichte“ Magdeburg. Diese Wagen werden an dem Zug angehängt, der von Wittenberge abfährt um 3.48 Uhr in Magdeburg eintrifft. Die Dekorationskolonne muß sich um 2 Uhr an jenemnamigen Postüberweg des Hauptbahnhofes einfinden.

Sämtliche Vereinsleiter treffen sich bestimmt eine Stunde vor Abgang ihres Zuges vor dem Hauptbahnhof. Dort erhalten die Vereine die notwendigen Anweisungen von den Fahrleitern. Für die Rücksicht kann leider nach Magdeburg kein Sonderzug zur Verfügung gestellt werden, da die Teilnehmerzahl zu gering ist. Ein großer Teil der Turner fährt schon am Montag, ein anderer am Dienstag usw. Die jugendlichen Teilnehmer unter 20 Jahren können aber auf Jugendpfeifeisen zurückfahren; die Vereinsleiter müssen also das Nötige veranlassen. Vereinsleitungen, sorgt für präzise Ausführung der obigen Anweisungen! Die Fahrleiter.

## Kreis Wolmirstedt-Renhalbensleben.

Dahlenwälsleben, 18. Juli. (Die Gemeindevertreter-Sitzung) beschloß folgende Erhöhungen der Steuern: Grundsteuer auf 500 Prozent, Gebäudesteuer auf 1000 Prozent, Betriebssteuer auf 500 Prozent, Gewerbesteuer 1. Klasse auf 5000 Prozent, 2. Klasse auf 1000 Prozent, 3. Klasse auf 500 Prozent und 4. Klasse auf 400 Prozent. — Das Gewerkschaftsfeiern, verbunden mit Kinderfest, findet am 23. Juli statt. An der Arbeiterfeier liegt es durch reiche Ausschmückung des Ortes und reichhaltige Beteiligung dem Fest einen würdigen Verlauf zu geben. Unsern Segnen im Orte muß wiederum durch Mitarbeiterschaft gezeigt werden, daß die Arbeiterpflicht zur Gemeinschaft und willens ist, ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen respektlos zu verwirklichen.

Hamburg, 18. Juli. (Ein Führertag der Arbeiterjugend) des Landeskreises Renhalbensleben wurde am 15. und 16. Juli abgehalten. Eine stattliche Zahl jugendlicher Helferinnen und Helfer hatte sich eingefunden. Die Teilnehmer verfolgten die Vorträge der Genossen Reiterfeld und Schröder über die Arbeiterjugendbewegung und über die Arbeit im Verein mit regem Interesse. Schriftführer Doktor Lehmann (Althaldensleben) hielt einen belehrenden Vortrag über „Die Hilfe bei Unglücksfällen“ und Genosse Kalway (Althaldensleben) führte das Anliegen von Rotberanden praktisch vor. In der Arbeiterjugendbewegung wird den Mitgliedern Gelegenheit zur guten Ausbildung geboten. Pflicht der Arbeitereltern sollte es daher sein, der Arbeiterjugendbewegung weit mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen als bisher. Auch alle jungen Mädel und Mädchen sollten erkennen, daß sie Kräfte haben in den Kreis der Arbeiterjugendbewegung, die im Arbeiterjugendverein dortwärts stehen.

Renhalbensleben, 18. Juli. (Konsumverein) In der Generalversammlung des Konsumvereins Cracauer den Geschäftsbericht. In der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. April 1922 hat der Verein 173 Mitglieder beigetragen. Die Geschäftsergebnisse betragen 5079 Mark und haben sich um 1702 Mark erhöht. Die Sparausgaben betragen sich auf 50964 Mark und haben um 2358 Mark zugenommen. Der Umsatz betrug 124662 Mark gegen 55802 Mark im Vorjahr. Das Warenlager steht mit 315367 Mark zu Buche. Verkaufsabfälle und Abgaben für den Aufschub sind den Lernungsverhältnissen

nissen entsprechend geregelt. In Stelle des bisherigen stellvertretenden Geschäftsführers und Kassierers Keesdorf wurde Aufsichtsratsmitglied Geue gewählt. An dessen Stelle wurde Geschäftsführerfeldmann gewählt. Die scheidungsgemäß ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Uffrecht, Gurlenbusch und Breuß wurden wiedergewählt. Geschäftsführer Prüfer berichtete vom Unterbandstog in Dessau und Matthias vom Genossenschaftstog in Eilenach. Die Geschäftsanteile wurden von 100 Mark auf 1000 Mark erhöht. Dieser Betrag kann von den Mitgliedern ratenweise eingezahlt werden; zur Auffüllung der Geschäftsanteile soll die Hälfte der Dividenden in Waag gebracht werden. Neu eintretende Mitglieder brauchen jedoch nur 25 Mark Anteil einzuzahlen und ein Eintrittsgeld von 5 Mark zu entrichten. Am Sonntag den 6. August findet die 50jährige Jubiläumfeier in Derzog Garten statt. Mitglieder haben freien Eintritt. — Die Felddiebstähle haben in der letzten Zeit einen großen Umfang angenommen. Bei dem Wucher der Landwirte greifen die von der Not getriebenen armen Leute zur Selbsthilfe. Es ist aber auch vorgekommen, daß gestohlene Kartoffeln zu Wucherpreisen von den Dieben verkauft worden sind. Die Gesetze müssen beachtet werden; deshalb werden die Ortspolizeibehörden und Landjägerbeamten für sorgfältige Ueberwachung sorgen. — Milchpreis. Für 1 Liter Vollmilch sind jetzt ab Molkerei 7.50 Mark zu zahlen. — Erhängt hat sich der Arbeiter W. Süpinger Straße im Papenberg-Gebäude. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

## Der Sozialist und seine Presse.

Die Presse ist das Nervensystem der großen Kulturbewegung, die Land- und Pflanzarbeiter umfaßt. Jede Störung, jede Beeinträchtigung derselben unterbindet die Funktion des Gliedes und verkrüppelt den ganzen Körper. Wo der öffentliche Einfluß der Partei gelitten hat, ist es nur darauf zurückzuführen, daß das Parteiblatt nicht mehr genügend verbreitet ist. Wo bürgerliche Organe gelesen werden, ziehen auch bürgerliche Anschauungen in die Familie ein. Die Solidarität, der Geist der Gemeinlichkeit, die sozialistische Weltanschauung tritt zurück und verkümmert. Sorge daher ein jeder in seinem Orte, daß die Parteipresse in alle Häuser gelangt und ihr Geist sich in der arbeitenden Bevölkerung ausbreiten kann. Wir gehen Zeiten entgegen, in denen der Zusammenhalt aller sozialistischen Arbeiter, Angehörigen und Beamten zur eisernen Notwendigkeit wird. Die Arbeiterpresse bringt uns diesen Zusammenhalt, sie ist das wertvollste wirkungsvolle Erziehungs- und Fortbildungsmittel der proletarischen Bewegung.

## Darum werbt für die sozialistische Presse!

Olvenstedt, 18. Juli. (In der Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse Voigt einen Vortrag über „Was wird aus der Republik?“. In seinen Ausführungen ging er auch auf die Regierungspolitik ein. Daran entwickelte sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die Regierung und die Notwendigkeit der Reichstagsauflösung. Der Bezirksverband hat beschlossen, zwei Erntebetriebe zu zahlen und Sammelstellen im Umland zu bringen. Dem wurde zugestimmt. Den Kassierern wurde aufgegeben, bei der nächsten Kassierung die Erntebetriebe einzuziehen. Jeder Parteigenosse muß sich verpflichtet fühlen, auf den in Umlauf gegebenen Sammelstellen einen Beitrag zu zeichnen. Ferner wurde auf Antrag des Genossen Körtzig beschlossen, eine Unterstützungssammlung für das alle langjährige Mitglied G. Braune einzuleiten. Auf Vorschlag des Genossen Büchel soll die Umbenennung der Wilhelmstraße und des Wilhelmplatzes bei der Gemeindeverwaltung beantragt werden. Es wurde jeder aufgefordert, eifrig für Partei und Presse zu werben. Die Beerdigung unseres Mitglieds und Unterassistenten Gustav Läger findet heute Dienstag abend 7 1/2 Uhr statt.

Sammerleben, 18. Juli. (Nach ein Todesopfer.) Der 19jährige Arbeiter Franz Brandt aus Wensleben ist am Montag im Seemanns Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Das ist das fünfte Opfer des Reaktionsärs v. Rosenbergs.

## Kreis Wanzleben.

Stedensdorf, 18. Juli. (Die Frauenversammlung) war sehr gut besucht; auch eine ganze Anzahl Männer hatten sich eingefunden. Genossin Arina (Magdeburg) sprach über die politische Lage und die Frauen. Sie wies auf die Gefahren, die dem Volkswohl drohen, erläuterte die Schutzmaßnahmen, die von der Arbeiterpartei nicht nur gefordert, sondern auch durchgeführt werden müssen, und wies auf die große Verantwortung hin, die das Wahlrecht im öffentlichen Leben den Frauen auferlegt, und verlangt von den Frauen vor allem, dazu zu wirken, daß durch die Erziehung ihrer Kinder zu Friedensbürgern der monarchischen Ziele ein Damm entgegengesetzt wird. Als Arbeiterinnen hätten sie die Verpflichtung, die Gleichberechtigung über Bord zu werfen und sich in Reich und Glied mit der organisierten Arbeiterpartei zu stellen. 20 Frauen erklärten ihren Beitritt zur Partei. Es soll besonders bei den Frauen tatkräftig gewonnen

werden. Eine Zeitung für diese Werarbeiten wurde aus der Verfassung heraus gewählt. Öffentlich hat auch in anderen Orten die Agitation unter den Frauen sehr guten Erfolg. Es ist dringend notwendig, daß auch in den kleineren Ortschaften die Aufklärung bei den Arbeiterfrauen einsetzt.

Diesdorf, 18. Juli. (Die politische Lage) erläuterte Genosse Schumacher in einer Mitgliederversammlung der Partei. In der Aussprache wurde den Ausführungen des Redners zugestimmt. Vom Genossen Günther wurde folgende Entschiedenheit eingebracht und von der Versammlung angenommen: „Die Ortsgruppe Diesdorf der Sozialdemokratischen Partei verlangt, daß unsere Genossen im Reichstag den Regierungsentwurf zum Schutze der Republik in seiner jetzigen Fassung ablehnen, sie fordert vielmehr, daß mit allem Nachdruck für den Austritt der Gewerkschaften und Parteiorganisationen eingetreten wird.“ Beschlüsse wurden darüber gefaßt, daß noch immer in unsern Schulhäusern Hohenzollern- und Kriegsverherrlichende Bilder hängen. Die Versammlung verlangt ganz energig, daß diese Bilder sofort verschwinden.

Etgerleben, 18. Juli. (In der Gemeindevertretersitzung) stand der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1922/23 zur Beratung. Er weist eine Ausgabe von 607381 Mark nach. Obwohl die Grundsteuer auf 5000 Prozent, die Gebäudesteuer auf 2000 Prozent, die Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse auf 2000 Prozent, die 3. und 4. Klasse auf 1000 Prozent und die Betriebssteuer auf 1500 Prozent festgesetzt wurde, konnte die Gemeinde nach besondern Einnahmequellen suchen muß. Die größten Ausgabenposten sind: Kreissteuern 163000 Mark, Bauten und Verbesserungen an Gebäuden 115000 Mark, Schulverbandskasse 100000 Mark, Entschädigung und Lohn für sämtliche in der Gemeinde tätigen Personen 79000 Mark, die Amtsverwaltung 40000 Mark und Wegebauten und Straßenpflasterung 30000 Mark. Der Vorschlag wurde von allen Vertretern genehmigt und die Anschaffung einer Fahne in den Farben der Republik empfohlen.

Hohenzollern, 18. Juli. (Sozialdemokratischer Verein.) Die Mitgliederversammlung war leider nur mäßig besucht. In dieser ersten Zeit ist das unbetont wichtig. Das kann und darf nicht so weiter gehen. Die Parteimitglieder müssen unbedingt mehr Interesse an den Parteiveranstaltungen nehmen. Genossen, seht euch eure Gegner an, wie eifrig sie zusammenarbeiten. Die Arbeiterpartei muß alle Kräfte zusammenraffen, um einzig und geschlossen gegen die Würgerpartei vorzugehen. Politische Gleichgültigkeit darf nicht geduldet werden. Laßt allen Jamt und Haber beiseite und stellt eure persönlichen Interessen hinter die gemeinsamen zurück. Die Verbündigungen und Verleumdungen, die von Arbeitern gegen unsere Führer ausgesprochen werden, müssen energig von unsern Genossen zurückgewiesen werden. Neue Mitglieder für die Partei und neue Leser für die „Vollstimme“ müssen gewonnen werden. Beiseitejäten gibt es nicht mehr. Jeder muß mithelfen, daß es besser wird. In der Versammlung beschwerte sich der Elternrat darüber, daß die Anträge, die von der Gemeindevertretung angenommen sind, meistens von der Lehrerschaft sabotiert werden. Bei den Demonstrationen für die Republik hat ja die Lehrerschaft durch Abwesenheit gegläntzt; sie halten es nicht für nötig, für die Republik einzutreten, von der sie doch ihr Geld erhalten. Beschlüssen wurde, eine öffentliche Frauenversammlung in dieser Woche stattfinden zu lassen und am Sonnabend den 29. Juli ein Parteibergnügen im Saale des Genossen A. Coerdts zu veranstalten.

## Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 18. Juli. (Die Opferwoche) für Partei und Presse hat bereits gute Erfolge gebracht. Alle Funktionäre, die im Besitz von Agitationsmaterial sind, muß das zu weiterer unermüdlicher Arbeit anspornen, damit der Erfolg noch bedeutend größer wird. Die Arbeiterpartei muß erkennen, daß sie sich respektlos in der Sozialdemokratischen Partei organisieren muß. Die erste politische Lage macht es jedem zur Pflicht, seine ganze Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen. — In Jerichow 1 und 2 (Krankenhaus) fährt Genosse Blum mit seinem Vortrag über kommunale Praxis fort.

## Harz.

Golberstadt, 17. Juli. (In mer neue Waffenkunde.) In Wetzburg, Kreis Harz, wurden auf dem Gute beim Oberamtmann Wahnstraße Militärgewehre und 12 Riflen mit 6000 Schuß Maschinengewehrmunition gefunden. Nach den dazu gehörigen Maschinengewehren wird noch gesucht.

## Kleine Chronik.

Flugzeugabsturz bei Zabern. Am Montag nachmittag kurz vor 4 Uhr stürzte ein Flugzeug der französisch-rumänischen Luftschiffgesellschaft, das kurz vor 4 Uhr in Straßburg mit vier Passagieren, sämtlich Engländern, aufgeflogen war, bei Zabern ab. Sämtliche Passagiere sowie der Flugzeugführer wurden getötet.

Großfeuer in Spandau. In der Nacht zum Sonntag ist auf dem Fabrikgelände der Firma Orenstein u. Koppel A. G. an der Hamburger Straße in Spandau eine Waggohalle mit dem gesamten Inventar einem verheerenden Feuer zum Opfer gefallen. Der Schaden geht hoch in die Millionen.

## Wer regiert denn?

Der Herrschende. (12. Fortsetzung.)

Der Kardinal beharrte es, daß Herr Kojer noch einigen Wochen seine Entlassung warte, aber hatte nichts dagegen. Da es nichts von Seiten, alles dem Willen des Schicksals und seiner Schicksal abhängt, wird die Selbsttötung oder nicht, und wo ist das Schicksal? „Wohin man sich in seinen vier Wänden“ sagte der Kaiser. „Sobald Sie lieber Freund; ich verabschiede Sie von dem Schicksal nicht. Sie haben in einem armen Lande, ein junges, kleines Reich, unerschütterliche Vertrauen. Warum wollen Sie nicht sein, wenn Sie Herr sein können? Warum wollen Sie nicht in der gegebenen Stelle Ihren Lebenslauf die Zeit des Lebens ungestört genießen?“

Die gemessene Entlassung des kaiserlichen Rates erregte und war wegen ihrer geleisteten Dienste derselben mit einem schmerzlichen Gedankengang verbunden, mit welchem Gedankengang man einmal gespielt hatte. Er schloß ihn nicht auf. Colas und Pauline sagten freudig auf die Antwort.

War in einer bestimmten Verbindung in irgendeiner Umkleekabine, zwischen zwei Personen, die sich in der Ferne und unter der Hand schicklich. Colas, verabschiedet in seine junge Frau, als er je in der kleinen Kammer gewesen, Pauline ging in ihrem Zimmer hinein, nachdem beide im Familien des Schicksals und dem Schicksal.

Es regnete nicht lang, so verabschiedete die Zeitungen, daß Kardinal Veras seine Entlassung dem Kaiser erwidert und empfunden hatte. Obwohl er in seine Stadt. — Einige Zeit nachher, als Colas und Pauline eines Tages, einander in den Armen saßen, in einer Stunde ihres weichen, warmen Körpers, wurden sie nicht wenig überrascht, als plötzlich die Schritte des Kardinals vor ihnen ertönten. Er war es nicht. Seine Schritte schienen von dem anderen Kopf des Schicksals. Er hatte sich um zu überzeugen, den Weg zur Gemächerpforte zu gehen. „St. Schicksal!“ rief er laut und hoch. „St. Schicksal!“ rief er laut und hoch. „St. Schicksal!“ rief er laut und hoch.

„Genau.“ Er umarmte seinen Freund Kojer und küßte der kleinen Frau die erlösende Hand. Der Kardinal mußte zwei Tage bei ihnen verweilen. Aber länger zu bleiben, war er nicht zu bewegen.

„Ich will nicht, Kinder.“ sagte er, „wen Ihr beherbergt. Ich bin aus Frankreich verbannt. Ich muß das Land meiner Herrschaft meiden. Ich gehe nach Rom. Ich werde mich im Arme der Kaiserin treffen, so gut ich mag.“

„Wie? Sie ein Verbannter aus Frankreich, gnädigster Herr?“ riefen Pauline und Colas erschrocken.

„Da ist für keinen Philosophen wie Kojer Ursache zum Entsetzen!“ erwiderte der Kardinal. „Was Sie nur einst im Gespräch auf meine Frage: Wer regiert denn? halb im Scherz antworteten, als Sie sagten: Sie selbst, Regierender, Sabotage, Verabschiedung und dergleichen, das hat ich nun im Ernst erproben. Sie wissen, wie der Herzog von Genoiel sich in die Hände und Fuß des Schicksals ergab? Ein hübsches Mädchen, ein hübsches Verlobtes, ein hübsches Kind, hatte die Ehre, seiner Majestät zu gebären. Das Fräulein trauerte, die Rolle der Frau von Pompadour zu spielen, war nicht probe, und die Schicksal wußte ihren guten geheimen Gang. Der Herzog wußte um alles. Er sollte sich nicht, der König wußte es ihm Dank. So bald der Herzog hörte, das Fräulein trauerte, wurde sich von der Begnadigung ab, war der Herzog wieder der erste, welcher dem König und seiner Gemahlin den Kopf und von Paris einführte. Der König wußte es ihm Dank. Der Herzog aber hatte als gewandter Hofmann auch den Denal der Frau von Pompadour erlernen wollen. Ihr im tiefsten Vertrauen aus welcher Verantwortung für ihre Person die beispiellose Verleumdung und das Mädchen erst dann erfuhr, als es die Marquise verlangte. Er wollte seine Antilche nicht, und hatte nach er, jedoch erwiderte er: „Denn Sie, wenn Sie erwidern, was Sie die Marquise oder König in der Höhe als in der Ferne. Darum, obwohl ich meine Entlassung forderte, weil ich unmöglich alle Gedanken des Schicksals, der Verlobten mit Offenheit und des Königs mit Freuden länger tragen konnte, ward Schicksal mein Rathgeber. In welcher Zeit Land sein, zu welcher Zeit lebend

werden — das brachte den Herzog von Choiseul an die Spitze Frankreichs.“

„Aber,“ rief Pauline, „was zog Ihnen die Verbannung zu?“ „Eine Kleinigkeit!“ erwiderte der Kardinal. „Ich hatte das Unglück, in die Ungnade einer Marquise zu fallen.“

„Eine Eminenz schmerzt!“ jagten Colas und Pauline.

„Nicht. Ich habe den Strom, der mich vom Throne hinwegjagte, bis zur Quelle verfolgt. Und an der Quelle sah ein ganz gemeines Marketenmädchen, die Urheberin meines Schicksals. Einer meiner Stallknechte, der sich dieses Mädchen heiraten wollte, ward von mir aus dem Dienst gewiesen, weil sich der Kerl alle Tage betrank und vom König überwiegen worden war, mich betrogen und den Kaiser meiner Pferde verkauft zu haben. Das Mädchen, hochschwanger, fiel mir zu Füßen und bat um Gnade für den rothaarigen Bräutigam. Ich wies die Bitte ab. Sie lief, über meine Günstigkeit lachend, zu ihrem besondern Beschützer, einem jungen Leutnant von der Garde. Der Gardebefehlant ließ zur Gemahlin des Generalkontrollieurs. Diese bemog ihren Mann, mit mir zu reden. Ich schlug seine Bitte ab; er, darüber ärgerlich, klagte es seinem Liebsten, einem Kammermädchen der Marquise von Pompadour. Das Kammermädchen sagte, der Himmel weiß was, von mir der Marquise, und die Marquise, der Himmel weiß was, dem König. Kurz, ich erhielt ein allergnädigstes Mandat, worin mir angezeigt wurde, daß ich meinen Aufenthalt in Frankreich mit jedem andern nach Belieben, doch so bald als möglich, verlassen könne, weil, wie ich deutlich bewies, die Marquise seiner Majestät mir nicht zu gefallen das Glück hätten. Also bin ich auf dem geraden Wege nach Rom.“

Der Kardinal reiste auf zwei Tagen ab. Colas und Pauline trüben ihr Glück der Verbannung. Sie blieben mit ihrem verabschiedeten Freunde in Brüssel, der erst nach dem Tode der Marquise, etwa im sechsten Jahre seiner Verbannung, wieder in die volle Gnade des Königs kam. Aber er hätte sich wohl, wieder einen Platz am Hofe angunehmen. „Denn,“ sagte er, „wer regiert denn?“







Großhandel und Industrie

Für die Ferienreise:
Rucksäcke
Schlafdecken
Hängematten

Mechanische Plan- und Sackfabrik



Carl Winter

Magdeburg I
Kronprinzenstrasse 6

Eng. Fabrikmarke Fernsprecher Nr. 8332 und 1330

Hermann Förster Schillstraße 2
Sack- und Planen-Fabrik
Telephon 1708 und 663
Säcke und Planen kauf- und leihweise



Reserviert für
Bauhütte
Magdeburg

Reserviert für
Allgemeine Elektrizitäts-
Gesellschaft Magdeburg
Installations-Bureau, Kaiserstr. 65

Brennstoff-Ersparer „Aeosolo“
für Industrie, Haushalt und Gewerbe
Breiteweg 128. Fern-Nebenstelle 319

Zentralheizungs-Anlagen

E. A. Müller & Co.
Schillerstraße Nr. 43
Fernsprecher Nr. 2675

Reserviert für Firma
A. J. Neckel, Isoliergeschäft
Olvenstedter Straße 25

Hermann Habener Morgenstr. 27
Reparaturanstalt elektr. Maschinen und Apparate

Friedrich Schoof Mittagstraße 53
Spezialmaschinen-Reparaturwerkstatt der gesamten Industrie
Fabrik für Zahnrad- und Zahnstangen
Reiniger-Ventile und Kesselröhren

BOHME & CO.
Rudolf Niesche, Nr. 20 Kaiserstraße Nr. 20
Vollkorn-Brot - Asto-Decken - Öl - Bienen

Adolph Behrendt, Magdeburg, Bismarckstrasse 11.
Fernspr. 6870, 71 u. 72. Adobe-Schokoladen und
Zuckerwaren. Bill. Bezugssache f. Wiederverkäufer

Rudolf Boye Turmschanzen-
strasse 1a
Sirup- und Konsthonigfabrik
Verlangt die bekannten Marken Rotkappchen und
Grün-Rot!

Reinhardt Kakao
Schokoladen
Zuckerwaren- und Marmeladenfabrik
Verkauf: Rühlweg 20/21, Rühlweg 22, Alte Ullrichstr. 7

Weinreich & Reinecke
Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik

FRANZ DIEKE, Rühlweg 13
Marmeladenfabrik

Raucht „Teomü-Tabake“
aus der Fabrik von

Theodor Müller, M.-Neustadt
Ersichtlich in den Spezialgeschäften

Ludwig Kortum Mittagstraße 32
Brot- und Mischbrotfabrik

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

MONOPOL-Trinkbranntweine
Klarer, Wacholder, Aquavit, Kümmel
Grossvertrieb für den Bezirk Magdeburg:
Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Magdeburg, Olvenstedter Strasse 48

Reserviert für
Alb. Ullrich & Co., Zuckerwarenfabrik

Saccharin-Fabrik, Aktiengesellschaft
vorm. Fahlberg, List & Co., Magdeburg-Südost
Saccharin - Chemisch-technische und pharmazeutische Präparate aller Art
Spezialpräparat für die Einmachzeit: Hadenon-Tabletten

Table with 2 columns: 'Ohne Gewähr' and 'B'. Contains departure times for trains from Magdeburg Hauptbahnhof to various destinations like Braunschweig, Berlin, and Halle.

Reisebureau Reuter
Ankunft und Unterkunftsvermittlung
Kaiserhalle, Kaiserstrasse 100

Fahrräder und Freilaufnaben
in erstklassiger Ausführung
Metall-Industrie Schönebeck A.-G., Schönebeck a. d. E.

Salge & Schellert, Bank - Kaiserstrasse 2
Fernsprecher 1058 u. 4840. Stahlkammer

Commerz- u. Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Kaiserstraße 27/28 und 11 Depositenkassen

Mitteldeutsche Creditbank
Filiale Magdeburg

Nußbaum & Rothschild
Bankgeschäft, Alte Ullrichstraße 16

Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger
vermietet jederzeit fabriktüchtig mit Chauffeur
Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anh.
Telephon 531, 538, 2082.

Paul Siebert G. m. b. H.
Spedition
Altes Fischerufer 32/35, Altes Fischerufer 32/35

Gesellschaft f. Land- Obitz & Co.,
und See-Transporte Breiteweg Nr. 188
Fernsprecher 2059

Wilhelm Eigenwillig jun.
Magdeburg-S., Kaiserstraße 39 - Fernsprecher 3214
Spezial - Möbeltransport - Wohnungszusatz

Carl Fiering, Magdeburg-S.
Hallenstraße 48 - Fernsprecher Nr. 1922
Spezial - Möbeltransport

RICHARD GROSSE
Kleine Diesdorfer
Straße 24.
Fahrwesen und Spedition - Fernruf 628

Schwenke & Co., G. m. b. H.
Kaiserstr. 52, Fernspr. 455. Landesprodukte-Geschäft

Albert Theuerkauf
EISEN - METALLE - MASCHINEN
Magdeburg-Nord, Anschlußgleis
Telephon 4755

Reserviert für
C. Schuchardt

Reserviert für
Heinricy & Schumacher

Reserviert für
Friedr. Wilh. Abel

ERICH LOHSE Weinbergstraße 1a
Fernsprecher 8545
Pack- und Einschlagpapiere für Handel und Industrie

Bernhard Kesten & Co.
Fernsprecher 2559
Alteisen - Almetalle - Metallrückstände
Kantor und Lager: Weinberg 15, Endelstr. 33/34

Julius Katz
Rohprodukte, Eisen,
Metalle, Abbruchunternehmungen

P. L. Behrendt
Alteisen, Metalle, Gußbruch. Fernspr. 4924

Baudorff & Winter
Kaiserstraße Nr. 25
Fernsprecher 1877
Landesprodukte, Drogen- und Farben-Großhandlung

Alfred Käufer
Kaiserstraße Nr. 25
Fernsprecher 7165
Isoliert Putz, Hand- u. Schwei-
tischer - Putzwolle

Albert Steinhoff
Kaiserstraße 8 Darmhandlung Fernruf 2053

Großhandel und Industrie
Reserviert für
Max Bahr
Sackfabrik

Steinkohlenteeröle für Heizzwecke und Diesel-
motorenbetrieb, Karbolinum, Teerprodukte jeder
Art liefert vorteilhaft ab Werk

Ring-Kompanie G. m. b. H.
Magdeburg, Breiteweg 184
Fernruf 1411 u. 6460 Fernruf 1411 u. 6460
Drahtanschrift: Ringkompanie

Paul & Co., Große Diesdorfer
Straße 51 b
Fruchtsaftpresse u. Likörfabrik, Spezialität: Edelkirsche

Thurm & Beschke
Magdeburg Fernruf 901, 910, 7068
Lacke für Industrie

Kirchheim & Co.
KC-Motoren zum Einbau in Fahrräder
KC-Motorräder

Gustav Friese & Co. Nachtweide Nr. 82
Telephon Nr. 7320
Holzpantinen, Tuch- und Pflischpantoffel
Schuhwaren aller Art

Tempel & Otto, Wilhelmstr. 15
Likörfabrik, Weinhandlung, Dampf-Kognakbrennerei

Otto Grunow Nachfl., Haradorfer Straße Nr. 6
Fernruf Nr. 1098
Gewürzmühle - Spezialität alle Gewürze,
garantiert rein in jeder Packung

Richard Fritzsche, Insleber Str. 16
Schuh- und Pantoffelfabrik

Olivonoff! das beste Seifenpulver!
Schokoladen-Großhandlung
Otto Jacobs
Fernspr. 8490 Geschäftsmitt. 8-6 Uhr Franckestraße

Orket-Rauchtabake
sind die besten!
Herstell.: Ortloff & Kettner, Zigar.- u. Tabakfabrik
Magdeburg - Fernsprecher 1533

Walter Voß, Magdeburg-Neustadt,
Nachtweide 80 -
Eisenhandlung
Fernsprecher Nr. 5789 kauft stets Fernsprecher Nr. 5739
Kernschrott - Gußbruch - Späne - Blechschrott
Kesselmaterial - Schneideisen

Muttern, schwarze Schrauben und Nieten
aller Art sofort ab Lager lieferbar
Hutmacher & Winkler
Magdeburg, Wittenberger Straße 17 - Handelshafen
Telephon 7114

Carl Friedr. Schmidt, Prälatenstr. 21
Korkenfabrik - Großhandlung
Spezialitäten: Scheuertücher, Bindfäden, Bürstenwaren

Adolf Schanz Nr. 23 Wasserkanalstr. Nr. 23
Zigaretten-Fabrik - Nur an Wiederverkäufer

J. Groß & Co.
Herrenkleiderfabrik
Magdeburger Kabelwerke A.-G.
Telephon 6492 u. 7478 Magdeburg. Telephon 6482 u. 7478
Stahl- u. Eisendrahtseile aller Art, blank u. verzinkt
Stiftdrähte, Hanftaue - Taifun-Trossen DRGM

Oscar Fehmel, Breiteweg 264
Maschinen und Utensilien
für das graphische Gewerbe

Martin Janetschek Rogätzter Straße Nr. 5
Fernsprecher Nr. 5202
Spezial - Möbeltransport - Lagerung

Telephon-Anlagen
Mitteldeutsche Privat-
Telefon-Gesellschaft
Breiteweg 11
Telephon 1486 und 1486

Winkelhausen
die deutsche Weinbrandmarke